

Niederschrift

Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 10.12.2024

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 19:45 Uhr

Ort, Raum: Kreisverwaltung Rosenstraße, Konferenzraum 1 + 2, Rosenstraße 28a, 23795 Bad Segeberg

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name

Angelika Hahn-Fricke
CDU

Bemerkung

Mitglieder

Name

Annette Glage
CDU
Torsten Kowitz
CDU
Matthias Malassa
CDU
Benno Weidler
CDU
Cordula Schultz
SPD
Dirk Wehrmann
SPD
Arne Hansen
B90/Die Grünen
Denise Kreissl
B90/Die Grünen
Julian Flak
AfD
Klaus-Joachim Scheunert
FDP
Rainer Schuchardt
Freie Wähler
Christine Schmid
Kreissenioresenbeirat
Jan Peter Schröder
Landrat

Bemerkung

KT-Abg. als Gäste

Name**Bemerkung**

Kurt Barkowsky
CDU
Annelie Eick
CDU

Verwaltung

Name**Bemerkung**

Markus Gerberding
FBL I
Matthias Schröder
FBL II
Hendrik Schrenk
FBL IV
Andrea Terschüren
FBL V
Dagmar Höppner
Gleichstellungsbeauftragte*r
Traute McGregor
FDL
Christian Rüge
FDL
Kristof Kuhlmann
FDL
Dennis Stelling
FDL
Kathalin Beer

Protokollführung

Name**Bemerkung**

Tanja Krüger

Gäste:

Herr Hermann, WKS

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Begrüßung	
2	Einwohnerfragestunde I	
3	Formalien	
3.1	Genehmigung der Tagesordnung	
3.2	Informationen des Landrates	
3.3	Berichte/Informationen des Kreispräsidenten	
4	Beratung und/oder Beschlussfassung	
4.1	Schülerbeförderung: Richtlinien zur finanziellen Förderung eines Deutschland-Schultickets im Zeitraum 01.09.2024 bis zum 31.12.2024	DrS/2024/078-01
4.2	Schulsozialarbeit: Neuregelung der finanziellen Förderung der Schulsozialarbeit im Kreisgebiet	DrS/2024/155
4.3	Kenntnisnahme und Zustimmung zum fünfjährigen Finanzplan, Wirtschaftsplan 2025 sowie die Ergebnisverwendung der Zentralen Stelle Rettungsdienst AöR (ZSR AöR)	DrS/2024/237
4.4	Mitgliedschaft der WKS im Deutschen Verband der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaften (DVWE)	DrS/2024/245
4.5	Gleichstellungs- und Frauenförderplan Kreis Segeberg 2025-2028	DrS/2024/250
4.6	Antrag des Verbands politischer Jugend (VPJ) auf Förderung einer Veranstaltung	DrS/2024/251
4.7	Antrag der CDU-Fraktion zu Personal und Personalkosten	DrS/2024/259-06
4.8	Budget 2025	
4.8.2 (Nachtrag)	Antrag der CDU-Fraktion auf Änderung der Budgets ÖPNV und Förderung Radinfrastruktur	DrS/2024/259-13
4.8.1	Änderungsliste 2025	
5	Berichte/Informationen	
5.1	KOSOZ Wirtschaftsplan 2025	DrS/2024/252

TOP	Betreff	Vorlage
5.2	E-Government Aktionsplan 2025 und Abschlussbericht 2024	DrS/2024/249
5.3	Beteiligungen / laufendes Berichtswesen und Beteiligungscontrolling zum 30.09.2024	DrS/2024/260

Nichtöffentlicher Teil - Vorbehaltlich der Beschlussfassung des Gremiums werden die nachfolgenden Tagesordnungspunkte voraussichtlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt. -

TOP	Betreff	Vorlage
6	Beschaffung von Netzwerkschwitches zur teilweisen Erneuerung der Netzwerkinfrastruktur	DrS/2024/256
7	Bericht aus den Gesellschaften/Beteiligungen des Kreises	

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
8	Bekanntgabe der nichtöffentlich gefassten Beschlüsse	
9	Verschiedenes	
9.1	Anfragen	
9.2	Anregungen für die nächste Sitzung	
10	Einwohnerfragestunde II	

Protokoll

Öffentlicher Teil

Zu 1. Begrüßung

Frau Hahn-Fricke eröffnet die Sitzung. Sie stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Zu 2. Einwohnerfragestunde I

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

Zu 3. Formalien

Zu 3.1. Genehmigung der Tagesordnung

Frau Hahn-Fricke teilt mit, dass TOP 4.7 abgesetzt werden könne, da die Vorlage bereits in der Sitzung am 05.12. beschlossen wurde. Die Tagesordnung wird mit der Änderung einstimmig genehmigt.

Zu 3.2. Informationen des Landrates

Der Landrat berichtet über folgende Themen:

- Der Schulden- und Kassenstand wird zur Protokoll gegeben.
- Mit Stand 51. KW seien 1.422 Personen zugewiesen worden, dies seien etwas weniger Menschen, als für 2024 prognostiziert. Für 2025 sei ein gleich bleibendes Niveau geplant, allerdings bleibe die Entwicklung in Syrien abzuwarten. Auf Nachfrage von Herrn Flak teilt der Landrat mit, dass es bisher keine Anweisungen des Landes für den Umgang mit Asylanträgen von Syrischen Flüchtlingen gebe.
- Das neue Parkhaus werde zum Jahresende fertiggestellt
- Der Neubau Haus A schreite voran, die Arbeiten seien im Zeitplan. Nach der Sommerpause sei das Richtfest geplant.

Frau Glage möchte wissen, ob das in Boostedt geplante Katastrophenschutz-zentrum positive Auswirkungen auf den Kreis haben werde. Der Landrat erklärt, dass es keine Vorteile gebe, außer kürzere Wege im Einsatzfall.

Anlage 1 Schuldenstand_aktuell_2024

Zu 3.3. Berichte/Informationen des Kreispräsidenten

Der Kreispräsident verweist auf die bevorstehende Kreistagssitzung und bittet darum, Umbesetzungen bis zum nächsten Tag an das KT-Büro zu senden, damit die Liste veröffentlicht werden kann. Er berichtet weiter, dass er an diversen Veranstaltungen teilgenommen habe.

Zu 4. Beratung und/oder Beschlussfassung

Zu 4.1. Schülerbeförderung: Richtlinien zur finanziellen Förderung eines Deutschland-Schultickets im Zeitraum 01.09.2024 bis zum 31.12.2024

DrS/2024/078-01

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

1. Die Richtlinien zur finanziellen Förderung eines Deutschland-Schultickets im Zeitraum 01.09.2024 bis zum 31.12.2024 gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage DrS/2024/078-01 treten zum 01.09.2024 in Kraft und sind befristet bis zum 31.03.2025.

2. Der Kreis Segeberg beteiligt sich mit 20 € monatlich an den Kosten des Deutschland-Schultickets. Die darüber hinaus anfallenden Kosten tragen die Eltern/Schüler*innen selbst.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD	1			1
FDP	1			1
Freie Wähler	1			1
gesamt	12			12

Zu 4.2. Schulsozialarbeit: Neuregelung der finanziellen Förderung der Schulsozialarbeit im Kreisgebiet

DrS/2024/155

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Die Richtlinien des Kreises Segeberg zur Verteilung finanzieller Mittel für Personalaufwendungen und Maßnahmen der Schulsozialarbeit im Kreis Segeberg gemäß Anlage 2 zu dieser Vorlage treten am 01.01.2026 in Kraft. Die Verteilung der Schulamtsmittel sowie der FAG-Mittel für die Schulsozialarbeit gemäß der Verteilungsmodalitäten aufgrund des Beschlusses des Jugendhilfeausschusses vom 26.03.2015 (DrS/2015/069) soll zum 31.12.2025 enden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD	1			1
FDP	1			1
Freie Wähler	1			1
gesamt	12			12

Zu 4.3. Kenntnisnahme und Zustimmung zum fünfjährigen Finanzplan, Wirtschaftsplan 2025 sowie die Ergebnisverwendung der Zentralen Stelle Rettungsdienst AöR (ZSR AöR)

DrS/2024/237

Herr Weidler erkundigt sich nach den Zahlen für den Personalaufwand. Für 2023 seien 61.000 € genannt, im Plan 2024 Null € und in 2025 499.000 € plus 509.000 € für Altersversorgung und Sozialabgaben. Der Landrat erklärt, dass es sich um einen Fehler in der Darstellung der Tabelle handeln müsste und die Zeilen verschoben seien. Herr Schröder teilt auf Nachfrage von Herrn Weidler zum Mietvertrag mit, dass der ZSR zunächst Schwierigkeiten gehabt habe, Räumlichkeiten zu finden. Inzwischen sei dies aber gelungen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Segeberg nimmt den Wirtschaftsplan für das Jahr 2025, den fünfjährigen Finanzplan und die Ergebnisverwendung 2023 des gemeinsamen Kommunalunternehmens Zentrale Stelle Rettungsdienst Anstalt öffentlichen Rechts (ZSR AöR) zur Kenntnis und stimmt diesem zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD	1			1
FDP	1			1
Freie Wähler	1			1
gesamt	12			12

Zu 4.4. Mitgliedschaft der WKS im Deutschen Verband der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaften (DVWE)**DrS/2024/245**

Herr Flak gibt bekannt, dass die Notwendigkeit der Mitgliedschaft im Aufsichtsrat diskutiert worden sei, da sich außer der Teilnahme an Schulungen keine Vorteile ergeben würden.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag

1. stimmt dem Beitritt der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft des Kreises Segeberg mbH (WKS) in den Deutschen Verband der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaften e.V. (DVWE) zu.
2. entsendet die Geschäftsführung der WKS als Vertreter*in die Mitgliederversammlung des DVWE.
3. beauftragt Herrn Landrat Schröder als Gesellschaftervertreter mit der Zustimmung zu einem entsprechenden Beschluss in einer Gesellschafterversammlung der WKS GmbH.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD			1	1
FDP	1			1
Freie Wähler	1			1
gesamt	11		1	12

Zu 4.5. Gleichstellungs- und Frauenförderplan Kreis Segeberg 2025-2028**DrS/2024/250**

Frau Höppner erläutert, dass der Gleichstellungs- und Frauenförderplan nicht ihr alleiniges Werk sei, sie sei aber an der Erstellung beteiligt gewesen. Herr Flak fasst zusammen, dass vieles begrüßenswert sei. Er spricht sich jedoch gegen die 50 %-ige Besetzungsquote von Männern und Frauen aus. Aus seiner Sicht sollte die Auswahl ausschließlich nach der besten Qualifikation und nicht nach dem Geschlecht erfolgen.

Auf Nachfrage von Frau Glage erklärt Herr Kuhlmann, dass die Umsetzung von

vielen Maßnahmen bereits als Standards aufgenommen worden seien. Andere Ziele seien mit Daten für die Umsetzung versehen.

Herr Flak weist darauf hin, dass an einigen Stellen unter den Grafiken eine Fehlermeldung abgedruckt sei. Diese sollte künftig vor Veröffentlichung gelöscht werden.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss beschließt den Gleichstellungs- und Frauenförderplan in der beigefügten Neufassung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD		1		1
FDP	1			1
Freie Wähler	1			1
gesamt	11	1		12

Zu 4.6. Antrag des Verbands politischer Jugend (VPJ) auf Förderung einer Veranstaltung

DrS/2024/251

Herr Flak bemängelt die Veranstaltung im Vorfeld der Bundestagswahl. Die Wahlbeteiligung sei in den letzten Jahren bei Bundestagswahlen vergleichsweise hoch gewesen, so dass die Durchführung nicht notwendig sei. Er sehe den Antrag als ein Abgreifen von Mitteln bestimmter Parteien. Frau Terschüren gibt bekannt, dass in der Fläche eine zunehmende Abwendung junger Menschen von der Politik zu verzeichnen sei.

Herr Schuchardt halte den VPJ für nicht zuwendungsberechtigt, da gemäß der Richtlinie die Nachwuchsorganisationen der Parteien gefördert werden sollen. Der Verband falle nicht hierunter, da er keinerlei Strukturen aufweise. Frau Terschüren erklärt, dass der Wortlaut der Richtlinie so gewählt worden sei, dass beide Seiten begünstigt werden könnten. Es solle geschaut werden, ob die Politik dem Antrag zustimme, danach erfolge eine tiefergehende Prüfung.

Frau Schultz teilt mit, dass es nicht um ein Abgreifen vom Mitteln gehe, sondern um eine Veranstaltung zur Demokratiestärkung. Die Wortwahl diskreditiere die antragstellenden Jugendlichen. Herr Flak bemängelt weiter, dass mit der Richtlinie ein Weg gefunden worden sei, den eigenen Jugendorganisationen Geld aus

Steuermitteln zukommen zu lassen. Er sei zudem davon ausgegangen, dass mit der Vorlagenerstellung eine Prüfung der Förderfähigkeit erfolgt sei. Die Veranstaltung finde ohne Kontrolle, z. B. durch die Schulaufsicht, statt und der Verband sei kein eingetragener Verein. Es könne keine inhaltliche Kontrolle der Veranstaltung stattfinden. Frau Hahn-Fricke verweist darauf, dass die Diskussion bereits im Fachausschuss erfolgt sei, hier gehe es um die Mittelfreigabe.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport empfiehlt dem Hauptausschuss, der Bewilligungsbehörde die Veranstaltung "Geh wählen und gestalte die Zukunft deiner Generation – Impuls und Diskussion zur Wichtigkeit der Bundestagswahl für junge Menschen" zur Förderung zu empfehlen.
 Gleichzeitig wird die Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn gem. Ziffer Ziffer 2.7 der "Richtlinien für die finanzielle Förderung von Maßnahmen durch den Kreis Segeberg" empfohlen.

Die Altershöchstgrenze der Zielgruppe ist auf 27 Jahre festzulegen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD		1		1
FDP	1			1
Freie Wähler		1		1
gesamt	10	2		12

Zu 4.7. Antrag der CDU-Fraktion zu Personal und Personalkosten DrS/2024/259-06

Der Antrag wurde bereits in der Sitzung am 05.12.2024 vollständig beraten und ist deshalb abgesetzt.

Zu 4.8. Budget 2025

Zu 4.8.2. Antrag der CDU-Fraktion auf Änderung der Budgets ÖPNV und Förderung Radinfrastruktur

DrS/2024/259-13

Herr Kowitz erläutert, dass hier Punkte aus der Konsolidierungsliste aufgegriffen worden seien. Der Landrat führt aus, dass für die Radwegeförderung bereits Verpflichtungsermächtigungen für 2025 in Höhe von 920.000 € bestehen, so dass bei einer Senkung auf 1 Mio. € nur noch 80.000 € für neue Maßnahmen zur Verfügung stünden.

Herr Hansen gibt zu bedenken, dass für den Radverkehr bereits eine Kürzung von 2 Mio. € auf 1,5 Mio. € über die Konsolidierungsliste erfolgt und eine weitere Kürzung aus seiner Sicht nicht zu vertreten sei. Beim ÖPNV handele es sich um Daseinsvorsorge bzw. Infrastrukturmaßnahmen. Hier seien in den letzten Jahren durch nicht umgesetzte Maßnahmen bereits 3 Mio. € eingespart worden. Herr Schrenk klärt auf, dass es zur Radverkehrsförderung bisher keinen Kürzungsbeschluss gebe. Im Haushalt seien derzeit 1,2 Mio. € geplant, dies entspreche 60% von 2 Mio. €. Herr Kowitz teilt mit, dass in den letzten Jahren stets rund 1 Mio. € abgerufen worden seien, so dass die Mittel nach der Kürzung voraussichtlich trotzdem auskömmlich seien. Herr Scheunert stimmt dem zu und erklärt, dass Prioritäten gesetzt werden müssen.

Beschlussvorschlag:

Die CDU-Fraktion beantragt die Änderung der Budgets für den Haushalt 2025 in folgenden Bereichen:

- Aussetzung der automatischen Verbesserung ÖPNV in Höhe von 1. Mio. für 2025 und 2026

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD		2		2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD	1			1
FDP	1			1
Freie Wähler	1			1
gesamt	10	2		12

- Festsetzung Förderung Radinfrastruktur auf 1. Mio. jährlich

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD		2		2
B 90/ Die Grünen		2		2
AfD	1			1
FDP	1			1
Freie Wähler	1			1
gesamt	8	4		12

Zu 4.8.1. Änderungsliste 2025

Frau McGregor erläutert, dass die an die Sitzung angehängte Änderungsliste alle bisher beschlossenen Punkte enthalte. Alle in der heutigen Sitzung gefassten Beschlüsse werden eingearbeitet und eine neue Liste für den Kreistag zur Verfügung gestellt. Gleiches gelte für die Konsolidierungsliste.

Herr Kowitz fragt nach der Höhe der Personalkosten im Nachtragshaushalt. Frau McGregor stellt dar, dass die Personalkosten neu mit 68,1 Mio. € eingestellt seien. Dies liege an einmaligen Verbesserungen in 2024, z. B. verringerte Altersrückstellungen durch Sterbefälle.

Frau McGregor informiert außerdem darüber, dass die 2. Änderung der FAG Mittel und der Flüchtlingskosten aus zeitlichen und personellen Gründen im Fachdienst nicht bis zum Kreistag in den Nachtragshaushalt eingearbeitet werden können. Die Veränderungen werden statt dessen im Jahresabschluss dargestellt.

Herr Scheunert verweist darauf, dass es im Nachtrag hohe Zuwächse im Jugendbereiche gebe und fragt nach, ob in 2025 mit ähnlichen Steigerungen zu rechnen sei. Frau Terschüren führt aus, die ein Großteil der Steigerungen auf die strukturelle Entwicklung rechtlicher Individualansprüche zurückzuführen sei. Diese Entwicklung sei bundesweit zu verzeichnen und es gebe einen bundesweiten Austausch der Jugendämter, um nach Lösungen zu suchen und die Entwicklung zumindest einzufrieren. Für die erste Sitzung des JHA in 2025 sei eine Aufstellung zu kostenintensiven Einzelfallansprüchen geplant.

Zu 5. Berichte/Informationen

Zu 5.1. KOSOZ Wirtschaftsplan 2025

DrS/2024/252

Auf Nachfrage von Herrn Schuchardt stellt der Landrat dar, dass die in der Vorlage genannte Zahlungsunfähigkeit hypothetisch sei. Es gebe noch Rücklagen und das Land werde in die Pflicht genommen. Eine Zahlungsunfähigkeit würde nur entstehen, wenn nichts getan werde.

**Zu 5.2. E-Government Aktionsplan 2025 und Abschlussbericht 2024
DrS/2024/249**

Herr Scheunert dankt für den Bericht und fragt nach, ob es eine Auflistung der fertiggestellten Verfahren gebe. Herr Kuhlmann führt aus, dass es zum Teil bundesweite Lösungen gebe. Bei einem Stocken würde der Kreis teilweise auch selber Anträge bauen, damit eine Einbindung schneller erfolgen könne. Es gehe derzeit um die digitale Einbindung von Rückläufern in die Fachverfahren, so dass keine Ausdrucke mehr notwendig werden.

Auf Nachfrage von Frau Hahn-Fricke teilt Herr Kuhlmann mit, dass die angedachte Packstation im Haus B aufgrund von Erfahrungswerten aus anderen Kommunen nicht eingeführt worden sei.

Herr Weidler fragt nach dem digitalen Anordnungswesen für Ausgangsrechnungen. Nach seinem Kenntnisstand müssten ab 2025 alle Rechnungen digital erstellt werden. Frau McGregor erklärt, dass zunächst die Eingangsrechnungsverfahren digitalisiert worden sei. Die Ausgangsrechnungen seien der nächste Schritt.

Herr Wehrmann möchte wissen, ob es einen kreisweiten Austausch auf der Arbeitsebene gebe, da es bei den Kommunen ähnliche Probleme gebe. Herr Kuhlmann führt aus, dass es Gedanken dazu gebe, allerdings sei dies noch nicht umgesetzt worden. Bei Einzelfallproblemen würden die Kommunen direkt Anfragen stellen.

Beschlussvorschlag:

Der Aktionsplan E-Government 2025 und der Abschlussbericht 2024 werden zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, weiterhin die Inhalte der E-Government-Strategie ab 2022 und des Aktionsplans 2025 umzusetzen und über den Verlauf der Umsetzung zum Jahresabschluss zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD	1			1
FDP	1			1
Freie Wähler	1			1
gesamt	12			12

Zu 5.3. Beteiligungen / laufendes Berichtswesen und Beteiligungscontrolling zum 30.09.2024**DrS/2024/260**

Herr Weidler möchte wissen, warum die Stromkosten im BBZ Bad Segeberg so stark gestiegen seien. Der Landrat sagt eine Antwort zu Protokoll zu.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Zeile „Nebenkosten Immobilien“ besteht aus folgenden Aufwandskonten:

- Strom
- Wasser/Abwasser
- Gas
- Fernwärme
- Abfall
- Schornsteinfegergebühren
- Haftpflichtversicherung

*Zum Zeitpunkt des Berichts 30.09.2024 hat die EWS seit April 2024 versäumt uns Stromrechnungen für Haus A und Haus B zu schicken. Daher die Fußnote *1 = zum 30.09. fehlende Zahlungen für Strom.*

Inzwischen sind außer November und Dezember alle Abrechnungen eingetroffen und die Ist-Zahl für die Nebenkosten Immobilien zum 31.10.24 liegt bei 645.807€.

Nach jetzigem Stand ist das BBZ Bad Segeberg im Plan, wenn wir alle Gas und Strom Abrechnungen der EWS noch für 2024 erhalten.

Öffentlicher Teil

Zu 8. Bekanntgabe der nichtöffentlich gefassten Beschlüsse**TOP 6 Beschaffung von Netzwerkschaltern zur teilweisen Erneuerung der Netzwerkinfrastruktur**

Der Hauptausschuss stimmt der Beschaffung von 60 Netzwerkschaltern zu.

Zu 9. Verschiedenes

Zu 9.1. Anfragen

Herr Scheunert fragt nach der Organisationsuntersuchung, die er angefragt hatte. Der Landrat entschuldigt sich und sagt zu, diese kurzfristig zur Verfügung zu stellen.

Zu 9.2. Anregungen für die nächste Sitzung

Frau Hahn-Fricke gibt bekannt, dass die Januar-Sitzung für bestehende Fragen bzw. Anregungen zur IT-Allianz genutzt werden solle. Fragen sollen bitte kurzfristig an Herrn Gerberding versandt werden.

Zu 10. Einwohnerfragestunde II

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

Der/Die Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Vorsitz:

Angelika Hahn-Fricke

Protokollführung:

Tanja Krüger